

Agenda der EU-Führungsspitzen

Dezember 2017

Wirtschafts- und Währungsunion

Der bevorstehende Euro-Gipfel wird sich deutlich von den bisherigen unterscheiden. Es gibt keine Krise, die es zu bewältigen gilt. Heute wird das schnellste Wirtschaftswachstum für das Euro-Währungsgebiet seit zehn Jahren prognostiziert. Die Zahl der Arbeitsplätze insgesamt ist auf ein Rekordniveau gestiegen, und die Arbeitslosigkeit befindet sich auf dem niedrigsten Stand seit acht Jahren. Die öffentlichen Defizite sind zurückgegangen, und das Vertrauen in unsere Wirtschaft ist wieder hergestellt. All dies verdanken wir den zahlreichen Maßnahmen, die wir in den letzten zehn Jahren sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene ergriffen haben, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaften zu verbessern und die Widerstandsfähigkeit des Euro-Währungsgebiets zu stärken.

Die bessere Wirtschaftslage bietet die Gelegenheit, die vor uns liegenden Herausforderungen sowie die Mittel und Wege zur Bewältigung künftiger Krisen zu erörtern, wobei zu bedenken ist, dass es sich bei vielen der potenziellen Risiken um externe und nicht um europaspezifische Risiken handelt, darunter geopolitische Spannungen auf der ganzen Welt, ein verstärkter Protektionismus, eine mögliche Konjunkturabschwächung in China sowie eine zunehmende Risikoaversion an den Finanzmärkten mit einem Anstieg der globalen Zinssätze und abrupten Wechselkurskorrekturen. Vor diesem Hintergrund sollten wir Überlegungen zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) anstellen.

Eine strategische Frage ist daher, wie sichergestellt werden kann, dass wir – die Mitgliedstaaten und die Währungsunion als Ganzes – über die geeigneten Mittel verfügen, um potenziellen Schocks Stand zu halten. **Der Euro-Gipfel im Dezember bietet die erste Gelegenheit, sich mit dieser Frage zu befassen, und sollte den Weg für Entscheidungen der Staats- und Regierungschefs im nächsten Jahr ebnen.**

Die Erklärung von Rom verdeutlicht unsere feste Entschlossenheit, auf die Vollendung der WWU hinzuarbeiten. Der Bericht der fünf Präsidenten vom Juni 2015 enthält ein umfassendes Paket von Reformvorschlägen. Es besteht zwar Einvernehmen über das übergeordnete Ziel, doch **unterscheiden sich die Mitgliedstaaten in ihrer Einschätzung des Handlungsbedarfs und der Dringlichkeit, die dieser Aufgabe beigemessen wird.** Ohne den Druck des Marktes hat sich der gemeinsame politische Wille, weitere Fortschritte zu erzielen, abgeschwächt.

Auf dem Gipfel werden die Staats- und Regierungschefs gebeten, ihren bevorzugten Ansatz für die weitere Stärkung der WWU darzulegen. **Den ersten Realitätscheck stellt aber ohne Zweifel die Vollendung der Bankenunion dar, die sowohl möglich als auch notwendig ist. Wenn es in diesem Bereich keine nennenswerten Fortschritte gibt, sind Fortschritte bei den ambitionierteren Ideen nur sehr schwer vorstellbar.**

Zur Vorbereitung unserer Beratungen hat die Euro-Gruppe eine Reihe von Ideen geprüft, bei denen weitgehendes Einvernehmen besteht:

- die Einführung einer **gemeinsamen Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds**, möglicherweise in Form einer Kreditlinie des Europäischen Stabilitätsmechanismus;
- die Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus, möglicherweise zu einem sogenannten **Europäischen Währungsfonds**. Dies müsste mit der Arbeit an der gemeinsamen Letztsicherung abgestimmt werden;
- die weitere Ausarbeitung des Fahrplans des Rates (Wirtschaft und Finanzen) vom Juni 2016 zur Vollendung der Bankenunion, in dem die Kriterien und Fristen für Fortschritte bei der Risikominderung und Risikoteilung, einschließlich der schrittweisen Einführung **eines europäischen Einlagenversicherungssystems**, im Einzelnen vorgegeben werden.

Jedoch gibt es eine Reihe anderer Fragen, bei denen die Beratungen nicht zu einem weitgehendem Einvernehmen geführt haben, darunter

- die Straffung der **Haushaltsregeln**, um den bestehenden Rahmen zu vereinfachen oder ihre Umsetzung und Durchsetzung zu verbessern;
- die Schaffung einer **Fiskalkapazität** für das Euro-Währungsgebiet, einschließlich zu Stabilisierungszwecken;
- die Einsetzung eines **"europäischen Ministers für Wirtschaft und Finanzen"**, dessen Rolle noch bestimmt werden muss.

Die Staats- und Regierungschefs werden gebeten, anzugeben, ob sie damit einverstanden sind,

- **je nach Erfordernis die Euro-Gruppe oder den Rat (Wirtschaft und Finanzen) zu beauftragen, die Arbeiten zu den oben genannten Themen voranzubringen, wobei die Themen, über die das größte Einvernehmen besteht, Vorrang erhalten;**
- **sich im Juni 2018 erneut mit diesen Fragen zu befassen, damit erste Entscheidungen getroffen werden können.**